



Frau  
Johanna Aschenbrenner-Faltl

Organisationseinheit: BMGFJ - IV/A/2 (Prävention und Gesundheitsförderung)  
Sachbearbeiter/in: Dr. Fritz Wagner  
E-Mail: fritz.wagner@bmgfj.gv.at  
Telefon: +43 (1) 71100-4426  
Fax: +43 (1) 7149222  
Geschäftszahl: BMGFJ-21051/0012-IV/A/2/2007  
Datum: 07.03.2008  
Ihr Zeichen:

[johanna.faltl@aon.at](mailto:johanna.faltl@aon.at)

## Fluglärm

Sehr geehrte Frau Aschenbrenner-Faltl!

Zu Ihren Email-Eingaben vom 24. 8. 2007 bzw. 22. 12. 2007 (Betreff: Das Kabinett v. Min. Kdolsky möge bitte die Beilagen studieren anstatt an das Bürgerservice zu verweisen) wird mitgeteilt:

Es ist Stand des medizinischen Wissens, dass Lärmeinwirkungen zu einer Schädigung der Gesundheit führen können. Abhängig ist dies von der Intensität und Dauer der Lärmeinwirkung. Insoweit ist daher die von Ihnen kritisierte Aussage im Schreiben des Bürgerservice tatsächlich missverständlich. Allerdings ist sie im Kontext mit dem Betrieb des Flughafens Wien-Schwechat zu sehen. Für diesen liegen dem Bundesministerium für Gesundheit, Familie und Jugend keine Berichte über nachgewiesene Gesundheitsschäden durch Fluglärmimmissionen in den An- und Abflugschneisen vor. Die von Ihnen erwähnten Literaturstellen beziehen sich auf andere Flughäfen. Eine Übertragung der Ergebnisse auf den Flughafen Schwechat ist nicht ohne weiteres möglich.

Es ist bekannt, dass Lärmeinwirkungen – ob Straßenverkehrs-, Flug-, Industrie- und Gewerbe-, Nachbarschafts- oder sonstiger Lärm – in vielen Fällen ein maßgebliches Umweltproblem darstellen. Die Gesundheitspolitik trachtet daher auch danach, im Interesse des Gesundheitsschutzes entsprechenden Einfluss auf eine Verbesserung der Lärmimmissionssituation zu nehmen. Dies erfordert jedoch einen gesellschaftlichen Grundkonsens wie beispielsweise den Verzicht auf die Verwendung von lärmeregenden Verkehrsmitteln. Solange ein solcher nicht gegeben ist, können nur technische Maßnahmen zur Verringerung der Lärmimmissionen gefordert werden, wobei es auf Grund der Globalität dieses Problems international bzw. europäisch abgestimmter Maßnahmen bedarf.

Für die Bundesministerin:  
Hon.-Prof. Dr. Robert Schlägel

Elektronisch gefertigt